

PRESSEMITTEILUNG

PM 25/07

Vereinbarungen im Sondierungspapier geben den Gastgebern Perspektiven und machen Mut

(Berlin, 10. März 2025) Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA Bundesverband) begrüßt das Sondierungsergebnis von CDU/CSU und SPD als wichtiges Signal für einen dringend notwendigen Aufbruch. „Das Sondierungspapier enthält zentrale und längst überfällige Verbesserungen für unsere Branche“, sagt DEHOGA-Präsident Guido Zöllick. „Die steuerliche Gleichbehandlung von Speisen, flexible Arbeitszeiten und spürbarer Bürokratieabbau – das sind wegweisende Entscheidungen, die unsere Betriebe jetzt brauchen.“

Mit den klaren Aussagen im Sondierungspapier zur Stärkung des Gastgewerbes werde eine echte Perspektive für die Zukunft geschaffen. „**Mit den verabredeten Maßnahmen kann der Aufbruch gelingen – für lebendige Innenstädte und Regionen, die gastronomische Vielfalt im Land und bessere Arbeitsmarktbedingungen für alle Beteiligten**“, so Zöllick und betont: „Wir sind den handelnden Parteien dankbar, dass sie den Ernst der Lage im Gastgewerbe erkannt haben und handeln wollen.“ Jetzt gelte es, rasch eine Regierung zu bilden und die angekündigten Maßnahmen umzusetzen.

Mut mache die Entschlossenheit und auch die Geschwindigkeit bei den Gesprächen. „**In solch schwierigen Zeiten haben demokratische Parteien eine ganz besondere Verantwortung – für das Land und die Menschen**“, hebt Zöllick hervor. Dieser Situation werde man mit dem Sondierungspapier gerecht. „Wir hoffen, dass jetzt Parteipolitik notwendige Reformen nicht blockiert. Die Menschen erwarten einen Aufbruch und mutige Lösungen. Damit alle gewinnen!“

Im Detail sind für das Gastgewerbe im Sondierungspapier insbesondere hervorzuheben:

- **Dauerhafte 7 % Mehrwertsteuer auf Speisen** – eine enorme Entlastung für Gastronomen und Verbraucher.
- **Mehr Flexibilität im Arbeitsmarkt** – Wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit wird möglich, um Unternehmen und Beschäftigten mehr Freiraum zu geben.
- **Weniger Bürokratie** – Berichts- und Dokumentationspflichten werden abgebaut, gesetzliche Betriebsbeauftragte reduziert. Ziel: 25 % weniger Bürokratiekosten in vier Jahren!

Im Sondierungspapier heißt es unter Punkt II. Wirtschaft konkret:

„Gastronomie unterstützen: Um Gastronomie und Verbraucher zu entlasten, werden wir die Umsatzsteuer für Speisen dauerhaft auf sieben Prozent reduzieren.“

Sicherheit und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt: Die Arbeitswelt ist im Wandel. Beschäftigte und Unternehmen wünschen sich mehr Flexibilität. Deshalb wollen wir im Einklang mit der europäischen Arbeitszeitrichtlinie die Möglichkeit einer wöchentlichen anstatt einer täglichen Höchstarbeitszeit schaffen – auch und gerade im Sinne einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei werden wir die hohen Standards im Arbeitsschutz wahren und die geltenden Ruhezeitregelungen beibehalten. Kein Beschäftigter darf gegen seinen Willen zu höherer Arbeitszeit gezwungen werden. Deshalb werden wir Missbrauch ausschließen.“

Bürokratie rückbauen: Überbordende Bürokratie werden wir zurückbauen, etwa durch die Abschaffung von Berichts-, Dokumentations- und Statistikpflichten. Zudem werden wir die Zahl der gesetzlich vorgeschriebenen Betriebsbeauftragten signifikant reduzieren. Wir orientieren uns dabei am Vorschlag des Normenkontrollrates, die Bürokratiekosten für die Unternehmen in den nächsten vier Jahren um 25 Prozent zu reduzieren.“

Durch Steuerreform die Mitte entlasten: Wir werden die breite Mittelschicht durch eine Einkommensteuerreform entlasten und die Pendlerpauschale erhöhen.

Fachkräftesicherung: Die Sicherung der Fachkräftebasis ist ein entscheidender Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Deshalb ziehen wir alle Register, damit Fachkräftesicherung in den nächsten Jahren gelingt. Ergänzend braucht Deutschland qualifizierte Einwanderung. Dazu gilt es bürokratische Hürden einzureißen, etwa durch eine konsequente Digitalisierung der Prozesse und eine beschleunigte Anerkennung der Berufsqualifikation. Dafür schaffen wir eine digitale Agentur für Fachkräfteeinwanderung als einheitliche Ansprechpartnerin für ausländische Fachkräfte.

Gute Löhne sind eine Voraussetzung für die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft. Der gesetzliche Mindestlohn ist dabei die Untergrenze. Wir stehen zum gesetzlichen Mindestlohn. Die Entwicklung des Mindestlohns muss einen Beitrag zu stärkerer Kaufkraft und einer stabilen Binnennachfrage in Deutschland leisten. An einer starken und unabhängigen Mindestlohnkommission halten wir fest. Für die weitere Entwicklung des Mindestlohns wird sich die Mindestlohnkommission im Rahmen einer Gesamtabwägung sowohl an der Tarifentwicklung als auch an 60 Prozent des Bruttomedianlohns von Vollzeitbeschäftigten orientieren. Auf diesem Weg ist ein Mindestlohn von 15 Euro im Jahr 2026 erreichbar. Unser Ziel ist eine höhere Tarifbindung. Tariflöhne müssen wieder die Regel werden und dürfen nicht die Ausnahme bleiben. Deswegen werden wir ein Bundestariftreuegesetz auf den Weg bringen.“

Abschließend macht der DEHOGA-Präsident deutlich, dass sowohl die Union als auch die Sozialdemokraten ihrer Verantwortung gerecht werden: „Die Union hält Wort. Auch die Sozialdemokraten stellen sich der besonderen Verantwortung, die eine mögliche Regierung in aktuell sehr schwierigen Zeiten hat. Das ist ein starkes Signal an die mehr als 200.000 gastgewerblichen Betriebe und die über zwei Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Branche.“

Der DEHOGA appelliert nun an alle Parteien, rasch die notwendigen Schritte zu unternehmen und die Grundlagen für eine handlungsfähige Regierung zu schaffen. ■